

**„Confronting Anti-Gypsyism - The Role of Political Leaders in
Countering Discrimination, Racism, Hate Crimes and Violence
Against Roma and Sinti Communities“**

Kooperationsveranstaltung des Deutschen OSZE-Vorsitzes 2016,
OSZE-ODIHR, Europarat und Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
am 6. September 2016 im Auswärtigen Amt, Berlin

Eingangsstatement von Romani Rose

Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Sehr geehrter Herr Staatsminister Roth,
Sehr geehrter Herr Generalsekretär Jagland,
Sehr geehrter Herr Direktor Link,
Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier,
Exzellenzen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese Konferenz ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Gefahren des Antiziganismus für unsere Gesellschaften in Europa und für unsere Demokratien zumindest von Teilen der Politik und der internationalen Organisationen endlich ernst genommen werden.

Ich danke der Bundesregierung dafür, dass sie im Jahr ihres OSZE-Vorsitzes dieses Thema ganz oben auf die politische Agenda gesetzt hat.
Ebenso geht mein Dank an das OSZE Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und an den Europarat für diese wichtige Initiative zur gesellschaftlichen und politischen Ächtung des Antiziganismus.

Der Antiziganismus ist ebenso wie der Antisemitismus seit Jahrhunderten in der europäischen Geschichte verwurzelt. Der staatlich organisierte Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa war die radikalste Form eines mörderischen Antiziganismus. Dieser Genozid steht wie die Shoah an 6 Millionen Juden für ein Menschheitsverbrechen, das letztlich ganz Europa in den Abgrund gerissen hat.

Im Falle unserer Minderheit dauerte es fast vier Jahrzehnte, bis die Bundesrepublik Deutschland den Völkermord völkerrechtlich anerkannt hat. Dies ist eine wesentliche Ursache dafür, dass antiziganistische Denkmuster auch nach 1945 wirkungsmächtig blieben und weiterhin das staatliche Handeln bestimmten.

Erst durch die Selbstorganisation von Sinti und Roma in der Bürgerrechtsbewegung gelang es, die Deutungsmacht der ehemaligen Täter zu brechen und dem rassistischen Blick unsere eigene Geschichte gegenüberzustellen.

Heute erleben wir, wie nationalistische und populistische Bewegungen die Spaltung Europas immer weiter vorantreiben.

Für Sinti und Roma – mit 10 bis 12 Millionen Menschen die größte Minderheit in Europa – bergen diese sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte eine erhebliche Gefahr.

Denn antidemokratische Strömungen brauchen Feindbilder, um die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke auszubeuten. Seit Jahrhunderten werden insbesondere Sinti und Roma und Juden als Sündenböcke für gesellschaftliche Verwerfungen missbraucht.

Wir wissen, dass in Ost- wie in Westeuropa politische Parteien rassistische und populistische Wahlpropaganda zu Lasten von Sinti und Roma betreiben.

Wir müssen unterstellen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen den gewaltsamen Übergriffen auf Sinti und Roma in den einzelnen europäischen Ländern und der gezielt antiziganistischen und rassistischen Hetze von Teilen der politischen Elite gibt.

In Deutschland wurde im Bundestagswahlkampf 2013 durch Plakate und Flugblätter der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gezielt gegen unsere Minderheit rassistisch diskriminierende Hetze betrieben. Eine solche Form und ein solches Ausmaß der öffentlichen Ausgrenzung gegen die Minderheit hatte es nach 1945 nicht gegeben.

Aber nicht nur die offen sichtbaren, sondern auch die unsichtbaren Mechanismen des Antiziganismus bestimmen bis heute oft noch das Denken und Handeln von politischen Entscheidungsträgern und Institutionen.

Diese tief verwurzelten Vorurteile, die längst in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen sind, haben dramatische Auswirkungen auf den Alltag von Sinti und Roma in ihren jeweiligen europäischen Heimatländern. Die gezielte und systematische Politik der Ausgrenzung und des Rassismus ist so umfassend, dass viele Roma heute in Zuständen leben müssen, die einer Apartheid gleichkommen.

Die Ursachen für den Antiziganismus liegen nicht in der Minderheit begründet, sondern in den rassistischen Denk- und Handlungsstrukturen der Mehrheitsgesellschaft. Deshalb müssen wir bei den politisch Verantwortlichen endlich ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Antiziganismus ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, das unsere europäischen Werte – unsere Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – radikal in Frage stellt.

Es wäre ein wichtiges Ergebnis dieser Konferenz, wenn es gelingt, eine interparlamentarische Koalition gegen Antiziganismus auf den Weg zu bringen, die Mitglieder aus den nationalen Parlamenten, aus den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE, ebenso wie aus dem Europäischen Parlament zusammenbringt.

Deutschland kann und soll hier eine Vorbildfunktion einnehmen, um öffentlich den jahrhundertealten Antiziganismus zu ächten und zu bekämpfen. Ich danke Herrn Staatsminister Michael Roth und dem Beauftragten der Bundesregierung für nationale Minderheiten, Herrn Hartmut Koschyk, für die nachhaltige Unterstützung zur Einrichtung des Europäischen Roma Instituts für Kunst und Kultur in Berlin als wegweisende europäische Einrichtung. In gleicher Weise gilt mein Dank dem Generalsekretär des Europarates, Herrn Thorbjørn Jagland, und George Soros und der Open Society Foundations.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert seit vielen Jahren die Einrichtung einer Expertenkommission zum Antiziganismus durch die Bundesregierung, für die sich neben vielen anderen wiederum auch Hartmut Koschyk als Minderheitenbeauftragter nachdrücklich einsetzt.

Erst ein solches Gremium schafft die notwendige Struktur, um in Deutschland die Ursachen und Konsequenzen des Antiziganismus zu untersuchen und Gegenstrategien zu entwickeln. Ich hoffe auf die verantwortliche Unterstützung durch die Abgeordneten im Deutschen Bundestag.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die aktuelle Initiative im Rahmen der Internationalen Holocaust Erinnerungsallianz, eine Arbeitsdefinition des Antiziganismus zu entwickeln. Die im letzten Jahr mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution im Europäischen Parlament, die den Antiziganismus als besondere Form des Rassismus benennt und den Holocaust an Sinti und Roma auf europäischer Ebene anerkennt, stellt einen ersten wichtigen Schritt für die Bekämpfung von Antiziganismus dar.

Es ist eine Schlüsselaufgabe der Demokratie, dass die europäische Politik dem Antiziganismus genauso entgegentritt wie dem Antisemitismus.

Ich erwarte vom deutschen OSZE-Vorsitz, dass es nicht bei dieser heutigen – wichtigen – Konferenz bleibt, sondern dass die Bekämpfung des Antiziganismus ein integraler Bestandteil der weiteren Arbeit der OSZE, ihrer Mitgliedsstaaten, sowie des Europarats und der Europäischen Union wird.